

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeigen die Postanstalten  
entgegen. — Erscheint wochentäglich.  
Gesamtpreis - Anschlag Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Anzeigerpreise  
bestehen für Anzeigen aus Kopf und  
Linienpreis 50 Pfennige, auswendige  
Anzeigen 50 Pfennige, Reklamations-  
preise 50 Pfennige, auswendige Reklamations-  
preise 1 Reichsmark, sonstige Preise 50  
Pfennige.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 158

Freitag, den 8. Juli 1932

27. Jahrgang

## Noch keine Entscheidung

### Frankreichs Widerstand noch nicht gebrochen — Ergebnisloser Abbruch der gestrigen Besprechungen

Die Franzosen hartnäckig

**Lausanne, 8. Juli.** Die dreistündige Konferenz des heutigen Nachmittags, während der die drei Regierungschefs Englands, Frankreichs und Deutschlands nach vorhergegangenen Beratungen der Finanzminister in einer eingehenden Aussprache miteinander verhandelten, ist, wie wir erfahren, bisher ohne Ergebnis geblieben. Die Franzosen sind hartnäckig auf ihrem Standpunkt geblieben, und zwar sowohl in der Ritzfrage wie derjenigen der selbstverständlichen Konsequenzen einer Verständigung, das, obwohl seitens aller übrigen Delegationen, insbesondere von englischer Seite, größte Bemühungen angewandt wurden, um eine Verständigung zu ermöglichen. Die Besprechungen gehen, wie bereits gemeldet, um 9 1/2 Uhr weiter und dürften sich bis in die Nacht hinein hinzuziehen.

### Abendbesprechung ergebnislos abgebrochen

**Lausanne, 8. Juli.** Die Abendbesprechung ging nach etwa fünfstündiger Dauer um 10 1/2 Uhr zu Ende, soweit bekannt, mit negativem Ergebnis. Ein Bericht über diese Besprechung wird angehängt.

**Lausanne, 8. Juli.** Ueber den Verlauf der heutigen Abendbesprechung erfährt man noch, daß Herriot im Gegensatz zu dem Standpunkt, den er in seiner Erklärung vor der Presse eingenommen hatte, sich im Verlauf der Sitzung unterminiert sowohl auf eine Differenz von 4 Milliarden wie auf die Ablehnung der natürlichen politischen Konsequenzen durchaus bereit ist. Unter dem Druck, der von allen Seiten auf ihn ausgeübt wurde, erklärte er schließlich, er habe so viele Papiere jetzt in der Hand, daß er sie zunächst zusammen mit seiner Delegation prüfen und überlegen müsse. Außerdem schloß er sich sichtlich physisch erschöpft und dem Abbruch der Besprechung für heute. Ein Termin für die Festsetzung der neuen Verhandlung für morgen ist noch nicht vereinbart. Auch MacDonald fragte schon vor Beginn der heutigen Abendbesprechung über heftige Kopfschmerzen, so daß für ihre kurze Dauer neben den materiellen auch persönliche Gründe zweifel-

los mitsprachen. In der Lage ist also gegenüber der heutigen Nachmittagsitzung keinerlei Veränderung eingetreten.

Neue Zusammenkunft Papen-Herriot vorgesehen

**Lausanne, 8. Juli.** Ueber die Zusammenkunft, die heute abend zwischen Herriot, dem Reichskanzler und MacDonald stattfand und von 9 1/2 bis etwa 10 1/2 Uhr dauerte, verlautet aus englischen Kreisen folgendes: Die Zusammenkunft hat kein Ergebnis erbracht, und es ist auch kein Fortschritt über eine Einigung, aber die Summe der deutschen Leistungen oder die politischen Klauseln zu verzeichnen. Die deutsche und die französische Delegation verharren auf ihren Standpunkten. Eine neue Zusammenkunft zwischen Papen und Herriot ist für morgen früh vorgesehen. Es verlautet ferner, daß diese Zusammenkunft eine entscheidende sein dürfte. Jedoch fürchtet man in englischen Kreisen, daß der morgige Tag mit Zusammenkünften und Verhandlungen völlig ausgefallen sein wird, sobald es unwahrscheinlich ist, daß eine eventuelle Entscheidung nicht vor dem späten Abend erwartet werden dürfte. Das heißt, daß eine Vollendung der Konferenz nicht vor Freitag stattfinden kann. Weiter verlautet, daß trotz des Pessimismus, der in deutschen und in französischen Kreisen herrscht, man auf englischer Seite der Ueberzeugung ist, daß die Lage sich seit gestern verbessert hat.

### Wird die Lausanner Konferenz vertagt?

**Lausanne, 7. Juli.** Bei der heutigen Vormittagsbesprechung ist, wie wir erfahren, nur über die politischen Fragen verhandelt worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß der Komplex der politischen Konsequenzen einen solchen Umfang und eine solche Bedeutung hat, daß das Zustandekommen einer reiflichen Uebereinstimmung in der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit kaum als wahrscheinlich angesehen werden darf. Es kann ein gewisser Abschluß der Verhandlungen erreicht werden, aber eine Vertagung ist auch möglich. Jedenfalls bleibt die Entscheidung darüber bis zu der heutigen Nachmittagsitzung offen.

nach der Vereinigung der großen außenpolitischen Fragen gelingen werde, den föderativen Gedanken in Deutschland wieder zu verwirklichen und Bayern alles wiederzugeben, was es eingebüßt habe. Endlich betonen die Verbände in der Kundgebung, daß es in Bayern keinen ernstlichen Politiker geben könne, der auch nur entfernt an eine Abspaltung Bayerns vom Reich denke.

### Einweihung des Reichskolonialehrenmals

**Bremen, 8. Juli.** Heute früh um 11 Uhr fand hier in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Reichsbehörden, des Heeres, der Marine, ehemaliger Staatssekretäre und Gouverneure sowie früherer Schützengruppenkommandeure die Einweihung des Reichskolonialehrenmals statt. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, General von Lindquist, verlas folgende Kundgebung des Reichspräsidenten:

„Am heutigen Tage, an dem in Bremen das deutsche Kolonialehrenmal für die im Weltkriege gefallenen Kolonialkrieger eingeweiht wird, neige ich mich in Ehrfurcht vor dem Andenken unserer deutschen Brüder, die im Weltkriege in den deutschen Schutgebieten, auf verzwiefelten Pösten kämpfend, ihre Treue zum Vaterlande mit dem Tode besiegelt haben. Möge auch ihr Beispiel uns stets eine Mahnung sein, den Geist, der Deutschland in seinem großen Verteidigungskampf für Ehre und Leben besetzt hat, auch in Zukunft wach zu halten! Allen Teilnehmern an der Feier der ich einen guten Verlauf wünsche, sende ich herzlichste Grüße und den Ausdruck treuen Gedankens.“

Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten Braun?

**Berlin, 8. Juli.** Der Geschäftsbundesausschuss des preussischen Landtags setzte am Mittwochabend auf nationalsozialistischen Antrag zwei neue Ausschüsse ein. Ein Ausschuss ist für die Wahrung der Interessen der darniederliegenden Landwirtschaft eingesetzt. Ein diesem Aus-

schuß unterbreiteter Antrag des Rechtsanwaltes Frank II. München auf die Durchführung einer Privatklage und zur Strafverfolgung des Abg. Dr. h. c. Braun wegen übler Nachrede und Beleidigung des Regierungsrats Adolf Hitler wurde dadurch erledigt, daß mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Zentrums beschlossen wurde, dem Landtag die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität Brauns zwecks Durchführung der Privatklage und Einleitung der Strafverfolgung vorzuschlagen.

Aufnahme der Türkei in den Völkerbund

**Genf, 6. Juli.** Der Völkerbund hat heute vormittag in einer außerordentlichen Bundesversammlung beschlossen, die Türkei zum Beitritt einzuladen. In der Versammlung, an der in privater Eigenschaft der ehemalige amerikanische Staatssekretär Kellogg teilnahm, ergriffen die Vertreter von 16 Staaten das Wort. Besonders herzlich wurde die Einladung von dem Vertreter Deutschlands, Gesandten Gypert, begrüßt der im Auftrag des in Lausanne zurückgeholten Reichsaußenministers von Neurath sprach und auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei hinwies.

Wahlaufruf

### des Christlich-Sozialen Volksdienstes

**Berlin, 8. Juli.** Die Reichleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat für die bevorstehende Reichstagswahl einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

In dieser Stunde größter vaterländischer Not geht unser Ruf an alle Evangelischen Deutschlands, die Kräfte lebendigen evangelischen Glaubens zu mobilisieren und geschlossen einzusetzen zur Rettung von Volk und Staat. Der Volksdienst wendet sich gegen die Verachtung des Staates durch den marxistischen Anterabikalismus wie gegen seine Verhöhnung durch den Faschismus. Der Volksdienst will gegen alle Versuche, die Lasten einseitig auf die Schultern der Schwachen abzuwälzen, die Solidarität des ganzen Volkes bei der Ueberwindung der Wirtschaftskrise zur Geltung bringen. Alle Mobilisierung der Kräfte im Innern, heißt es am Schluß des Aufrufes, muß dem großen Ziele gelten, dem deutschen Volke nach außen wieder Gleichberechtigung und Freiheit auf allen Gebieten zu erkämpfen.

„Ein Katholik beugt sich keiner Diktatur!“

Eine Rede Prälat Leichts

**Augsburg, 7. Juli.** In einer Wahlkundgebung der Bayerischen Volkspartei sprach Prälat Leicht, der Führer der Reichstagsfraktion. Er forderte die Anerkennung des katholischen Glaubens, denn gerade weil die Anhänger der Bayerischen Volkspartei katholisch seien, seien sie treue Deutsche. Prälat Leicht setzte sich dann mit den Ereignissen auseinander, die zum Sturz der Regierung Brüning führten. Bei der kommenden Wahl handele es sich um die Wahrung der Selbständigkeit Bayerns. Bayern lasse sich nicht ausschalten. Auch er als katholischer Geistlicher lasse sich von niemanden seine bürgerlichen Rechte rauben. Ein deutscher Katholik beuge sich nur der Diktatur Gottes und keiner anderen Diktatur. Mit dem Wahlspruch „Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“ werde die Bayerische Volkspartei Schulter an Schulter mit dem Zentrum in den Wahlkampf ziehen.

Gute Erfahrungen

### mit dem freiwilligen Arbeitsdienst

**Berlin, 5. Juli.** Der Referent für den freiwilligen Arbeitsdienst, Ministerialrat Dr. Wende, berichtete über die Erfahrungen, die bisher mit dem freiwilligen Arbeitsdienst gemacht worden sind, nach einer Meldung des Demokratischen Zeitungsdienstes u. a.: Diese Erfahrungen sind im allgemeinen recht befriedigend. Zurzeit sind über 60 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt. Mehr als die Hälfte ist bei Arbeiten tätig, denen ein unmittelbarer volkswirtschaftlicher Nutzen zugesprochen ist, während der Rest auf Arbeiten entfällt, die zur Hebung der Volksgesundheit und damit unmittelbar der Volkswirtschaft dienen. Die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen sechs bis sieben Stunden und läßt Raum für geistige Schulung und sportliche Betätigung. Die von den Arbeitsdienstwilligen erzielten Leistungen werden gegenüber den Leistungen freier Arbeiter auf 75 bis 80 v. H. geschätzt.

### Die Nationalsozialistische Partei über Lausanne

**München, 8. Juli.** In einem Artikel: „Das Ringen in Lausanne“ schreibt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz u. a.: Wir vermögen nicht zu glauben, daß die deutsche Regierung wirklich ihren anfänglichen Standpunkt der Unmöglichkeit und Sinnlosigkeit irgendwelcher weiterer Tributzahlungen verlassen hätte. Jedenfalls stände die weitaus überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes einem solchen Schritt durchaus ablehnend gegenüber. Das deutsche Volk muß und darf wohl erwarten, daß diejenigen, die sich in so schwerer Stunde die Kraft zutrauen Deutschlands Interessen in Lausanne zu vertreten, auch die entsprechende Werbensstärke aufbringen. Sie können sich dabei bemühen, mit der Ablehnung irgendwelcher Zahlungsversprechungen nur das zu tun, was MacDonald und Mussolini mit frischen Krerten noch abseits der aufreibenden wochenlangen Verhandlungen in Lausanne als das einzig Richtige bezeichnet haben. Versteht sich Frankreich darauf, der Welt noch weiterhin das Vertrauen in Deutschland, das zur Befundung der Weltwirtschaft nötig ist, vorzuenthalten, so möge dies tun. Das Risiko, das Frankreich hiermit übernimmt, ist sicher nicht geringer als das Deutschlands, aus dem einfach nichts mehr herauszuholen ist.

### Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns zur Lage

**München, 8. Juli.** Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns veröffentlichten eine Kundgebung zur Lage, in der es u. a. heißt, sie erwarteten, daß die erste national eingestellte Reichsregierung, die seit dem Umsturz an die Spitze des Reiches berufen wurde, im Sinne der Staatskunst Bismarcks dem Bedenkenwillen der Bundesstaaten Rechnung trage, die besitzvernichtende Politik des Sozialismus beseitige und die Folgen dieser Politik wieder gut mache. Die Verbände hoffen, daß an der deutschen Reichsregierung